

Pro Kulturfrequenzen

Das langjährige Engagement für die Kulturfrequenzen zahlt sich aus. Es gibt positive Nachrichten: Zum einen ist eine Allgemeinzuteilung für Mikrofone (indoor) im Bereich von 1350 bis 1400 MHz erfolgt. Zum anderen beschäftigt sich der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP mit dem Schutz der Kulturfrequenzen zwischen 470 und 694 MHz. Dieser Bereich soll für drahtlose Produktionsmittel wie Funkmikrofone, aber auch den Rundfunk, erhalten bleiben.

von Jochen Zenthöfer

Das Ende der Pandemie rückt näher – hoffentlich. Für diesen Sommer sind viele Veranstaltungen geplant. Darauf freuen wir uns alle, und dabei werden wieder Funkmikrofone und In-Ear-Systeme im Einsatz sein, die Frequenzen benötigen. Am häufigsten genutzt wird der Bereich zwischen 470 und 694 MHz. Allerdings sind diese „Kulturfrequenzen“ nur bis Dezember 2030 für Musiker, Schauspielerinnen, Veranstaltungsbranche und alle anderen Nutzer geschützt. Wie es danach weitergeht, entscheidet sich in zwei Stufen: Die Weltfunkkonferenz 2023 setzt die große Linie fest, die nationalen Gesetzgeber regeln danach die Details auch in den europäischen Ländern. Da Frequenzen jedoch nicht an Ländergrenzen Halt machen, bedarf es einer Abstimmung, um gegenseitige Störungen zu vermeiden. Die kommenden Jahre werden ziemlich debattenintensiv und anspruchsvoll. Denn der Bereich zwischen 470 und 694 MHz, den bisher neben der Kultur vor allem der Rundfunk zur terrestrischen Fernsehverbreitung nutzt, ist heiß begehrt.

Mobilfunk ist überversorgt

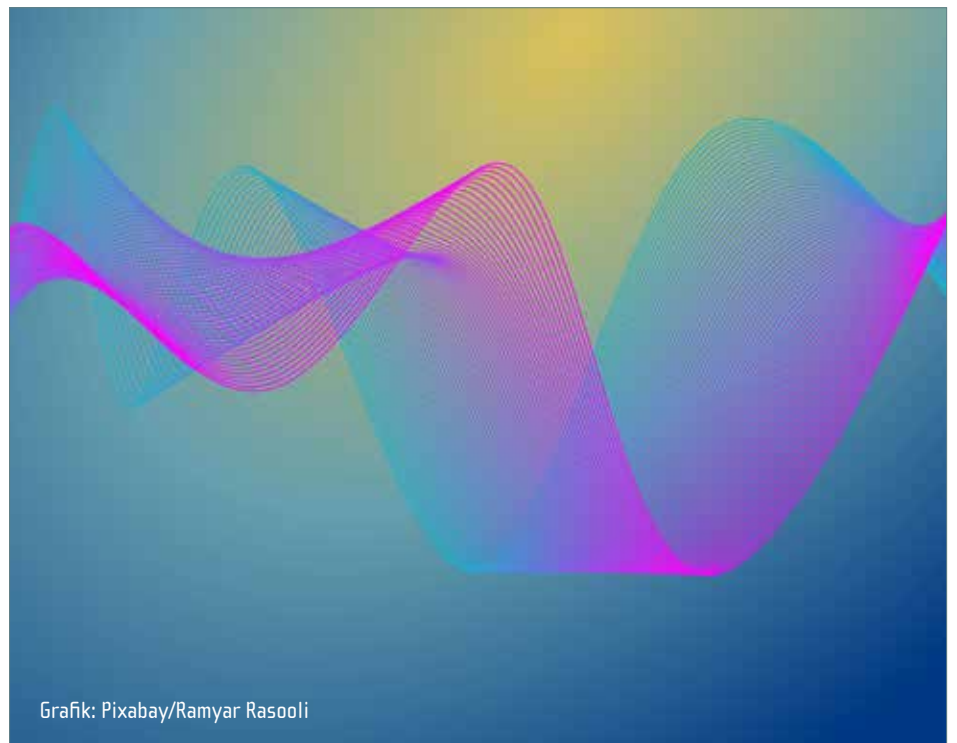
So hat der Mobilfunk ein Auge darauf geworfen, obwohl er schon überversorgt ist mit Spektrum. Das Problem der Funklöcher kann der Mobilfunk, eigenen Aussagen zufolge, auch ohne zusätzliches Frequenzband lösen. Daher werden sich diese unberechtigten Ansprüche hoffentlich abwehren lassen. Daneben haben auch die „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)“, also Zoll, Polizei, Feuerwehr usw. ein Interesse an dem Band. Allerdings wird es ihnen kaum etwas nützen, da mobile Endgeräte fehlen. Die Sicherheitsbehörden in Frankreich und anderen Ländern nutzen daher einen Teil des Mobilfunkbandes – das wäre auch für Deutschland die kostengünstigste und schnellste Lösung. Zuletzt hat das Militär Ansprüche angemeldet. Dessen Bedürfnis ist nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine nachzuvollziehen. Schließlich hat sich die Sicherheitslage in Europa verändert. Allerdings kann die Bundeswehr schon heute

im Spannungsfall auf alle Frequenzbänder zurückgreifen. Wenn Bomben fallen, finden keine Konzerte mehr statt.

Allianz gegründet

Für Kultur und Veranstaltungsbranche ist klar: Wir, die Initiative „SOS – Save Our Spectrum“, wollen den Bereich zwischen 470 und 694 MHz weiter nutzen können, und zwar am besten wie bisher. Eine Veränderung lehnen wir ab („no change“). Die jahrzehntelang

Elektro- und Digitalindustrie) gegründet. Partner sind ARD, Deutschlandradio, Media Broadcast, die Landesmedienanstalten, die Initiative SOS – Save Our Spectrum, Sennheiser, Vaunet – Verband Privater Medien e. V. und ZDF. Sie erklären gemeinsam: „Rundfunkanbieter benötigen die UHF-Frequenzen, um ihre Informationen und Angebote einfach, kostengünstig und zuverlässig terrestrisch an die Bevölkerung zu übermitteln, nicht zuletzt bei Krisen oder Naturkatastrophen.



Grafik: Pixabay/Ramyar Rasooli

eingewöhnte erfolgreiche Kooperation mit dem Rundfunk wollen wir fortsetzen. Um diese Ansicht noch besser in die Öffentlichkeit zu bringen, hat sich die „Allianz für Rundfunk- und Kulturfrequenzen“ gegründet. Ihr Ziel ist es, den Frequenzbedarf für Rundfunk und Kultur als Teil des Gemeinwohls zu sichern und unberechtigte Ansprüche, unter anderem von großen Mobilfunkkonzernen, abzuwehren.

Die Allianz wurde auf Initiative und unter Koordinierung des ZVEI (Verband der

Bei Kulturevents, aber auch bei Messen oder Lehrveranstaltungen an Universitäten sind die Frequenzen für die störungsfreie Übertragung bei Funkmikrofonen, In-Ear-Systemen und anderen drahtlosen Produktionsmitteln unverzichtbar.“

Was tut die Allianz? Sie klärt bei Veranstaltungen auf, spricht mit Politikern und Presse und kommentiert Vorbereitungspapiere für die deutsche Position zur Weltfunkkonferenz. In vielen Gremiensitzungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sind

Vertreterinnen der Allianz dabei. Alle sechs Wochen findet ein Austausch mit ähnlichen Initiativen in 15 europäischen Ländern statt, von Irland bis Tschechien und von Kroatien bis Finnland. Gemeinsam ist man stark!

Politik äußert sich

Auch der Berliner Politik sind diese Aktivitäten nicht verborgen geblieben. Erstmals haben es die Kulturfrequenzen in zwei Koalitionsverträge geschafft. Im nationalen Koalitionsvertrag für die Jahre 2021 bis 2025 von SPD, Grünen und FDP heißt es: „Wir wollen das UHF-Band dauerhaft für Kultur und Rundfunk sichern.“ Noch präziser ist der Koalitionsvertrag für die Jahre 2021 bis 2026 von SPD, Grünen und Linken für das Land Berlin: „[Wir wollen den] Erhalt der Frequenzen 470 bis 694 MHz für Rundfunk und Kultur.“

Da Kulturpolitik und Medienfragen „Ländersache“ sind, ist das Engagement der 16 Bundesländer für die Frequenzen besonders wichtig. Glücklicherweise erklärte der Bundesrat schon 2019: „Die langfristige, national und europäisch koordinierte Frequenzplanung mit ausreichendem und störungsfreiem Frequenzspektrum für Nutzer drahtloser Produktionsmittel in Kultur, Bildung, Forschung, Wissenschaft, Sport und Kirchen muss gewährleistet bleiben.“ Bravo! Die Politik hat die Bedürfnisse der durch Corona arg gebeutelten Veranstaltungsbranche erkannt. SOS interpretiert diese Aussagen als eine Bestätigung des „no change“. Deutschland muss sich auf der Weltfunkkonferenz 2023 bis zum letzten Tag dafür einsetzen, dass das Spektrum zwischen 470 und 694 MHz langfristig für Rundfunk und Kultur erhalten bleibt. Eine sogenannte co-primäre Zuweisung an den Mobilfunk lehnt SOS, ebenso wie die Regierungsparteien, ab.

Position von Baden-Württemberg

SOS empfängt inzwischen aus allen 16 Bundesländern Signale, nach denen die Kulturfrequenzen geschützt werden sollen. Nur in Baden-Württemberg war dies anfangs umstritten. Das dortige Innenministerium plädierte für eine Zuweisung an die Sicherheitsbehörden. Nun ist das Land auf die Linie der Kultur umgeschwenkt. Grund dafür ist auch das Engagement des Stuttgarter Abgeordneten Dr. Christian Jung von den Liberalen. Im März erklärte er der Presse: „Ich freue mich, dass die grün-schwarze Landesregierung nun meine Ansichten, die Ansichten der FDP und auch der Bundesregierung zu den Kulturfrequenzen teilt.“

Jung hatte das Thema „Zukunft der Kulturfrequenzen“ im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst eingebracht. Ergebnis: Das Land Baden-Württemberg unterstützt die Belange der Kultur nach ausreichend störungsfreien Frequenzen auch nach dem Jahr

2030. Kulturministerin Theresia Bauer erklärt: „Nach Auskunft der beiden Staatstheater, der Kommunaltheater sowie der Arbeitsgemeinschaft der Privattheater wird bis auf wenige Ausnahmefälle im Bereich kleinerer Bühnen das Frequenzspektrum zwischen 470 und 694 MHz von den Theatern ständig genutzt und ist für die Theater auch nach 2030 unverzichtbar.“

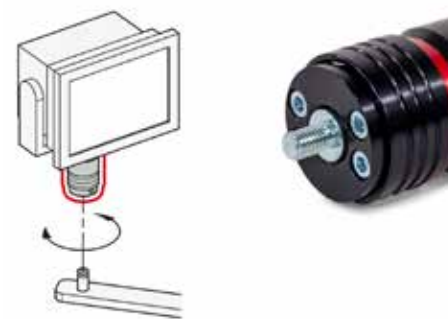
Position von Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz setzt sich die CDU-Abgeordnete Marion Schneid für die Frequenzen ein. Sie unterstrich im Landtag, dass ein Verlust bedeute, dass die Kultur wieder auf drahtgebundene Mikrofone umsteigen müsse. „Das ist mit den heutigen Anforderungen an die Choreografie von Aufführungen nicht mehr vereinbar. Die Künstlerinnen und Künstler brauchen die Möglichkeit, mit drahtlosen Mikrofonen auf der Bühne spielen und singen zu können.“ Da Rheinland-Pfalz den Vorsitz der Rundfunkkommission der Länder innehat, müsse das Land den Fortbestand von Kulturinstitutionen aktiv schützen, meinte Schneid zutreffend. Nicht vergessen werden darf, dass nach der jüngsten „ZÄHL DAZU“-Studie (www.zaehl-dazu.de) rund 1,1 Millionen Personen in der deutschen Veranstaltungswirtschaft tätig sind. Diese Menschen dürfen nicht tonlos dastehen! Dafür werden sich „SOS – Save Our Spectrum“ und der APWPT e. V. weiter einsetzen.

Neue Allgemeinzuteilung

Darüber hinaus gibt es eine weitere positive Nachricht für alle Nutzer drahtloser Mikrofone. Es existiert eine neue Allgemeinzuteilung. Die Verfügung der Bundesnetzagentur gilt für den Bereich zwischen 1350 und 1400 MHz. Allerdings gilt die Zuteilung nur für die Nutzung innerhalb von Gebäuden (indoor) und ist bis Dezember 2032 befristet. Die Bundesnetzagentur hatte bereits vor einiger Zeit den Bereich zwischen 470 und 694 MHz für die professionelle Nutzung drahtloser Mikrofone allgemeinzuteilt. Dadurch entfielen für 18.000 Einzelzuteilungen die Zuteilungsgebühren und Frequenznutzungsbeiträge. Die nun erfolgte Allgemeinzuteilung hilft enorm. Kosten fallen weg. Allerdings darf die Entscheidung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allermeisten Nutzungen im Bereich zwischen 470 und 694 MHz stattfinden. Die Kulturfrequenzen müssen also dauerhaft geschützt werden. •

Dr. Jochen Zenthöfer ist Sprecher der europäischen Initiative „SOS – Save Our Spectrum“ und seit 2020 neben Wolfgang Bilz der Co-Vorsitzende der Association of Professional Wireless Production Technologies e. V. (APWPT). Der Verband hat seinen Hauptsitz in Berlin, die Initiative SOS ist in Luxemburg beheimatet.



GN 1050

Schnellverschluss-Kupplungen

Um Rüstzeiten an Vorrichtungen und Produktionslinien zu verringern, nimmt Ganter einen neuen Verschluss in sein Produktportfolio auf.

Mit der **Schnellverschluss-Kupplung GN 1050** können Bauelemente beispielsweise mit einer Maschine oder Vorrichtung schnell und sicher durch einfaches „An- und Abklicken“ verbunden werden.



Anwendungsvideo,
CAD-Daten und
Bestellung. Einfach
QR-Code scannen.

www.ganternorm.com